



STELLUNGNAHME zum Antrag	Vorlage Nr.:	2018/0917
CDU-Gemeinderatsfraktion	Verantwortlich:	Dez. 2
Verkehrschao in Knielingen		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	22.01.2019	19	x	

Kurzfassung

Nach der Baumaßnahme „Wörther Trog“ des Landesbetriebs Mobilität in Rheinland Pfalz, hat sich die Stadtverwaltung intensiv mit den Erfahrungswerten der verkehrlichen Auswirkungen beschäftigt und mögliche weitere verkehrslenkende Maßnahmen zu den geplanten Maßnahmen des Regierungspräsidiums Karlsruhe in und um Knielingen erarbeitet. Darüber hinausgehende Konzepte zur Sicherstellung der Erreichbarkeit für Rettungskräfte, bzw. der Reduzierung des Verkehrsaufkommens bieten keine Vorteile. Für den großräumigen Verkehrsfluss ist das Regierungspräsidium Karlsruhe und für die Polizeipräsenz das Polizeipräsidium Karlsruhe zuständig.

Am 24. Januar 2019 wird im Brauhaus 2.0 in Knielingen eine öffentliche Informationsveranstaltung zu der Verkehrssituation und den ergriffenen Maßnahmen durchgeführt.

Die Stadtverwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Antrag zu den Ziffern 1, 2 und 4 als erledigt zu erklären. Zu den Ziffern 3 und 5 fehlt die Zuständigkeit der Stadtverwaltung.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeeinsparungen)		
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>					
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu					
IQ-relevant	x	Nein		Ja	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	x	Nein		Ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	x	Nein		Ja	abgestimmt mit

1. Die Stadtverwaltung legt schnellstmöglich ein Konzept vor, wie angesichts des derzeitigen Verkehrschaos in Knielingen Feuerwehr und Polizei in Notfällen an Ort und Stelle gelangen.

Die jetzt anstehenden Bauarbeiten sind hinsichtlich der Auswirkungen auf Knielingen mit den früheren am Wörther Trog vergleichbar.

Während der Bauarbeiten am „Wörther Trog“ sind der Stadtverwaltung keine Notfälle bekannt geworden, bei denen die Anfahrt der Rettungskräfte und der Polizei wesentlich erschwert gewesen wäre. Trotzdem ist die Thematik in den Abstimmungsgesprächen zu den geplanten Einzelmaßnahmen, an denen die Polizei und die Branddirektion beteiligt waren, besprochen worden. Die Erreichbarkeit ist aus Sicht der Rettungskräfte ausreichend gewährleistet.

Durch die angestrebte Unterbindung der Schleichverkehre in Knielingen wird der Verkehr in den beengten Seitenstraßen zudem deutlich reduziert.

Die Erarbeitung eines Konzeptes würde deswegen aus Sicht der Verwaltung über die bisher gewonnenen Erkenntnisse hinaus keine Vorteile bieten, aber dringend benötigte Personalressourcen binden.

2. Die Stadtverwaltung legt ein Konzept vor, durch das die derzeit unhaltbaren Zustände des erhöhten Verkehrsaufkommens kurzfristig und mittelfristig geändert werden.

Die Verwaltung versucht durch gezielte Maßnahmen (z. B. geänderte Taktung, Einrichtung von Fahrradabstellplätzen, etc.) den Umstieg auf den ÖPNV und den Radverkehr attraktiver zu gestalten.

Aufgrund des hochbelasteten Straßennetzes und der Tatsache, dass in unmittelbarer Nähe weder leistungsfähige Ausweichstrecken noch Alternativrouten angeboten werden können, wird sich die Situation - auch konzeptionell - nur begrenzt verbessern lassen.

3. Die Stadtverwaltung ergreift Maßnahmen, um möglichst weite Teile des überörtlichen Verkehrs umzuleiten. Sie teilt mit, inwieweit Navigationssysteme dabei berücksichtigt sind.

Verkehrsumleitungen, die großräumig ausgeschildert werden, obliegen dem Regierungspräsidium Karlsruhe.

Im Vorfeld der Sanierung der Rheinbrücke wurden durch das Regierungspräsidium entsprechende Verkehrskonzepte sowie mögliche Umleitungsvarianten erarbeitet und mit der Stadtverwaltung frühzeitig erörtert und abgestimmt.

In einem Schreiben des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 3. Januar 2019 an die CDU-Fraktion Karlsruhe, das der Stadt in Mehrfertigung zugegangen ist, werden die Inhalte des Gesamtverkehrskonzeptes zusammengefasst. Danach wurden neben einem Sicherheitskonzept für den Umgang mit Unfallszenarien im Bereich der Baustellenverkehrsführung, einem Nahverkehrskonzept zur Stärkung des Schienenpersonennahverkehrs auch ein Hinweis- und Beschilderungskonzept zur Lenkung des weiträumigen Verkehrs erarbeitet.

Die Stadtverwaltung selbst wird die digitalen Informationstafeln der Südtangente nutzen, um auf Stauproblematiken oder Störungen sowie Sperrungen hinzuweisen. Auf Navigationsgeräte kann die Stadtverwaltung nicht direkt einwirken. Derzeit gibt es keine zertifizierte Schnittstelle zu den Navigationsgeräten oder den Herstellern. Diese kann frühestens 2020 erst im Zuge des "Regio move" Projektes realisiert werden. Intelligente Navigationssysteme erkennen aber anhand der Bewegungsprofile und öffentlicher Verkehrsinformationen innerhalb kürzester Zeit Verkehrsbehinderungen und geben diese Informationen an die Verkehrsteilnehmenden entsprechend weiter. Navigationsgeräte dieser Art ändern aufgrund dieser Informationen während der Fahrt automatisiert die Fahrtroutenempfehlungen.

4. Die Stadtverwaltung legt die Möglichkeiten dar, die Wohngebiete in Knielingen vor dem täglichen Stau zu schützen.

Durch die Einrichtung einer Einbahnstraße Richtung Norden in der Eggensteiner Straße ab der Rheinbrückenstraße bis zur Heckerstraße wird während der abendlichen Hauptverkehrszeit Schleichverkehr in diesem Bereich unterbunden.

In wesentlich geringerem Umfang findet bisher Durchgangsverkehr durch Alt-Knielingen hauptsächlich auf dem Streckenzug Kurzheckweg - Litzelastraße und Untere Straße sowie Wikingerstraße - Burgaubrücke - Untere Straße - Frauenhäusleweg beziehungsweise Rheinbergstraße statt. Durch Sperrungen des Kurzheckwegs und der Wikingerstraße vor Knielingen werden diese Verkehre unterbunden. Der Schleichverkehr durch die Saarlandstraße wird durch eine Einbahnregelung in Alt-Knielingen verhindert.

Diese Maßnahmen wurden mit der Interessensgemeinschaft „Free Knielingen“ und dem Bürgerverein Knielingen erörtert und werden derzeit umgesetzt. Am 24. Januar 2019 wird im Brauhaus 2.0 in Knielingen eine Informationsveranstaltung hierzu durchgeführt.

Danach werden gegebenenfalls weitere Maßnahmen geprüft und ergriffen.

5. Die Polizeipräsenz in Knielingen wird erhöht.

Die Polizei verweist in der beigefügten Stellungnahme (Anlage) ebenfalls auf die infrastrukturellen Probleme und darauf, dass eine Verdichtung verkehrspolizeilicher Maßnahmen keinen Erfolg bringen wird. Der kommunale Ordnungsdienst hat trotz mehrfacher Vorstöße durch die Stadtverwaltung bislang keine Kompetenz zur Überwachung des fließenden Verkehrs eingeräumt bekommen.

Die Stadtverwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Antrag zu den Ziffern 1, 2 und 4 als erledigt zu erklären. Zu den Ziffern 3 und 5 fehlt die Zuständigkeit der Stadtverwaltung.